



Herrn Norbert Breunig
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Gemeinde Gründau

Resolution zur finanziellen Unterstützung des Ausbaus der U3-Betreuung durch den Bund

Sehr geehrter Herr Breunig,

zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung bitten wir Sie, die folgende Resolution auf die Tagesordnung zu nehmen:

2011 wurden der Gemeinde Gründau 600.000 Euro aus Bundesmitteln für den Ausbau der U3-Betreuung in Aussicht gestellt. Ab 2012 hat der Bund diese Förderung jedoch fast vollständig gestrichen, so dass Gründau keine finanzielle Unterstützung für den Ausbau der U3-Betreuung erwarten kann. Die Gemeinde wird daher den Ausbau der U3-Betreuung alleine aus eigenen Mitteln bestreiten müssen, obwohl die Entscheidung, ab 2013 den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr erfüllen zu können, von der Bundesregierung stammt. Bundesweit werden lediglich fünf bis zehn Millionen für den U3-Ausbau zur Verfügung gestellt, wohingegen 1,2 Milliarden Euro in das Betreuungsgeld investiert werden sollen.

Wer bestellt, sollte auch zahlen!

Wir, die Gemeindevertretung Gründau, sprechen uns daher gegen die Einführung des geplanten Betreuungsgeldes aus. Wir fordern die Bundesregierung und die sie tragende Koalition aus CDU, CSU und FDP auf, das Betreuungsgeld abzulehnen und stattdessen mehr Geld in den Ausbau von qualitativ hochwertigen Kindertageseinrichtungen zu investieren.

Wir fordern, dass Eltern ein gutes und verlässliches Betreuungsangebot für ihre Kinder haben. Damit alle Kinder in ihrer Entwicklung gefördert werden. Damit Mütter und Väter ihr Leben, Familie und Beruf, so organisieren können, wie sie es für richtig halten. Das gibt es nicht umsonst. Dafür werden die Milliarden gebraucht, die für das Betreuungsgeld vorgesehen sind.

Wir brauchen keine Anreize, Kinder von zusätzlicher Förderung fernzuhalten und vor allem Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erschweren. Wir halten es für sinnvoller, dieses Geld in den Ausbau von Kita-Plätzen zu investieren.

Investitionen in Kitas und Krippen, in mehr Plätze aber auch in mehr Qualität, sind eine wichtige Voraussetzung, dass alle Kinder gut gefördert und betreut werden. Wir wollen, dass jedem Kind, unabhängig vom sozialen Status oder Herkunft die bestmöglichen Bildungschancen offen stehen – und zwar von Anfang an. Dafür ist der weitere Kita-Ausbau zwingend notwendig.

Fehlende Betreuungsplätze sind das größte Hindernis für Eltern, im Beruf den Anschluss zu halten. Der Zugang zu eigenständigem Erwerbseinkommen ist der beste Schutz vor Armut. Ohne verlässliche öffentliche Betreuungsinfrastruktur ist diese aber gerade für Familien mit mittleren oder geringeren Einkommen und für Alleinerziehende, die sich keine private Betreuung leisten können, nicht möglich. Gerade sie sind dann im Alter von Armut bedroht.

Begründung:

Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

A handwritten signature in black ink, reading 'Jürgen Schubert'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Jürgen Schubert
Fraktionsvorsitzender